Früh gefreut

Die Anhänger der Ruandischen Patriotischen Front sind so siegessicher, dass sie Staatschef Paul Kagame zum Abschluss seiner Kampagne in der Hauptstadt ausgelassen feiern – schon zwei Tage vor der Präsidentschaftswahl am Freitag. Kagame regiert seit 17 Jahren, zuletzt zunehmend autoritär. Trotzdem gilt Ruanda als Vorzeigeland in Afrika und wird wegen seiner wirtschaftlichen Erfolge gefeiert.

Analyse

Die große Ratlosigkeit

Moskau stellt sich auf dauerhaft erkaltete Beziehungen zu den USA ein.

Der US-Kongress hat ein neues Sanktionsgesetz gegen Russland beschlossen, und in Moskau herrscht Ratlosigkeit. Ratlos wirkte Wladimir Putin in seinem ersten Fernsehauftritt zu dem Thema, und ratlos wirkte auch die Stellungnahme, die Premier Dmitrij Medwedew veröffentlichte. Kein Wunder: Der US-Kongress hat gewissermaßen die Kindersicherung eingeschaltet, damit Präsident Donald Trump nicht seinen Launen folgen kann. Nicht einmal die zwei Anwesen für russische Diplomaten in den USA, die sein Vorgänger beschlagnahmt hatte, darf er zurückgeben, ohne beim Kongress nachfragen zu müssen. Mit wem soll Moskau da noch Diplomatie betreiben?

Ratlosigkeit ist ein Lernfortschritt, wenn sie an die Stelle von Illusionen tritt. Moskaus Illusion war, die Entfremdung von den USA sei vorübergehend und mit genug taktischem Geschick zu beheben. Aber die Entfremdung ist nun Dauerzustand. Anders als die EU, die ihre Sanktionen periodisch erneuert, hat der Kongress sie in Stein gemeißelt. Premier Medwedew vergleicht das Gesetz mit der Jackson-Vanik-Klausel, mit der 1974 der US-Kongress sowjetischen Juden bei der Ausreise helfen wollte. Sie überstand selbst den Untergang der Sowjetunion, weil sie nicht mehr aus der Welt zu schaffen war.

Moskaus Reaktion auf die Sanktionen – die Reduzierung des US-Botschaftspersonals – ist dagegen flexibel handhabbar. Putin war diplomatisch genug, sie vor Trumps Unterzeichnung des Sanktionsaktes zu verkünden. Und vorsichtig genug, seinen Premier das sagen zu lassen, was er wohl selbst denkt: dass Trumps Regierung „ohnmächtig“ und „gedemütigt“ sei. Eine neue Eskalation beginnt. Es wird kälter in den russisch-amerikanischen Beziehungen. Oder, wie es in der Serie „Game of Thrones“ heißt: „Winter is coming“. Christian Esch

MARCO LONGARI / AFP

Korea

US-Rückzug von der Halbinsel?

Man kann es als schlaue Verwirrtaktik deuten, eher dürfte es sich allerdings um Hilflosigkeit handeln: Fast täglich sendet die US-Regierung widersprüchliche Signale Richtung Nordkorea. Ein Krieg gegen Diktator Kim Jong Un sei eine „Option“, wenn dieser mit seinen nuklearen Provokationen weitermache, zitierte der republikanische Senator Lindsey Graham vergangenen Dienstag Präsident Donald Trump. Gleichzeitig versuchte es Außenminister Rex Tillerson mit Freundlichkeit gegenüber der jüngsten Atommacht: „Wir sind nicht ihr Feind“, sagte er. Verzweifelt sucht die Trump-Regierung eine Strategie gegenüber Kim. Der Schlüssel dazu liegt indes weder in Washington noch in Pjöngjang, sondern in Peking. Denn wenn überhaupt, dann verfügt nur China über effektive Druckmittel, um den Verbündeten zur Räson zu bringen. Bislang will China unbedingt einen Kollaps des Kim-Regimes vermeiden, weil es eine Wiedervereinigung Nord- und Südkoreas unter US-Führung fürchtet. Um die Hilfe der asiatischen Supermacht zu erlangen, müsste Trump ihr weitreichende Garantien für die Zeit nach der Wiedervereinigung geben. Wie die aussehen könnten, soll Henry Kissinger, Altmeister der China-Diplomatie, kürzlich Außenminister Tillerson erläutert haben. Nach seinen Vorstellungen müssten die USA zusagen, den Großteil ihrer Truppen von der koreanischen Halbinsel abzuziehen. Das klingt abwegig, tatsächlich aber zählt Korea nicht unbedingt zum engen strategischen Interessengebiet der USA. Außenminister Dean Acheson definierte den pazifischen „Verteidigungs-Perimeter“ der USA 1950 beispielsweise als Linie von Japan bis zu den Philippinen. Korea nannte er nicht. ww

ED JONES / AFP

Fotos von Raketenstarts in Pjöngjang

Italien

Meer-Einnahmen für Mafiosi

Ein Rekordhitzesommer für die Lido-Betreiber zwischen Caorle und Catania: 85 Millionen Besucher werden 2017 erwartet. Entsprechend ungelegen kommt die Nachricht, dass in den vergangenen fünf Jahren mehr als 110 der Mafia zugerechnete Strandbäder vom Staat beschlagnahmt wurden. Ein eben veröffentlichtes Dossier der italienischen Grünen belegt, wie die Küstenlandschaft zunehmend vom organisierten Verbrechen erobert wird. Durch Korruption oder Erpressung zum illegalen Lido umgewandelter öffentlicher Raum ist für die Mafiosi eine ideale Gelegenheit, um Geld zu verdienen und zu waschen: Zwischen 10 und 20 Milliarden Euro jährlich werden in Italiens Strandbädern umgesetzt. Die Lido-Konzessionen werden vom Staat zu Spottpreisen vergeben – nicht mal ein Prozent der Einnahmen ist abzuführen. Bis zu 300 000 Euro pro Saison und Strandbad seien allein mit der Vermietung von etwa hundert Umkleidekabinen zu erzielen, sagt der Grüne Angelo Bonelli. Pro Jahr würden außerdem 19 Millionen Quadratmeter italienischen Strands verbaut. Das führt zu den eng bestuhlten Strandabschnitten mit Sonnenschirmen, die typisch für viele Urlaubsorte sind. Für einen schonenderen Umgang mit den Küstengebieten könnte ausgerechnet die im Land viel kritisierte EU sorgen: Gemäß einer 2006 verabschiedeten Direktive müssen auch Konzessionen für Badeanlagen künftig EU-weit und transparent ausgeschrieben werden. Italiens Regierung hat sich dieser Sichtweise angeschlossen, unter dem lautstarken Protest der landesweit 600 000 Lido-Beschäftigten. Konzessionen werden nun nicht mehr automatisch verlängert. wma

Trumps Woche

Das Leben als Präsident könnte so schön sein, würde da nicht immer irgendwer mit einem Aufnahmegerät rumstehen. Erst beschimpfte sein Kommunikationschef Anthony Scaramucci gegenüber dem „New Yorker“ den Stabschef im Weißen Haus als Paranoiker und den Chefberater als Schwanzlutscher, was der Reporter gemeinerweise veröffentlichte – woraufhin Scaramucci gehen musste, nach zehn Tagen im Amt. Dann wurde das Transkript eines peinlichen Interviews mit dem „Wall Street Journal“ bekannt. Darin erzählt Donald Trump, er habe „unglaubliche Beziehungen zu allen ausländischen Staatschefs“. Er rufe sie einfach an und frage, wie viele Menschen in ihren Ländern so lebten. „Und es ist wirklich erstaunlich, wie viele Menschen sie dort haben“, in Malaysia oder Indonesien etwa.

Allerdings verlaufen die Gespräche sonst nicht so nett, wie man am Donnerstag erfuhr. Da wurde ein Telefonat zwischen Trump und Präsident Enrique Peña Nieto vom Januar öffentlich, in dem Trump ihn anfleht, nicht immer zu sagen, dass Mexiko nicht für die Mauer zahlen würde. Ihm sei ja auch klar, dass das Geld woanders herkommen müsse, aber er habe es den Wählern versprochen. Zudem wisse er, wie man günstig baue, es werde also gar nicht so teuer, und: „Es wird eine bessere Mauer, und sie wird hübsch aussehen.“

Blieb noch, dass Trump das Weiße Haus als „Müllkippe“ bezeichnet haben soll. Vielleicht fehlt ihm das viele Gold aus seinem New Yorker Trump Tower? Er twitterte: „Die Fake News sagen, ich hätte es Müllkippe genannt – ABSOLUT UNWAHR.“